

Die medial geführte Debatte zur Zukunft Europas – ein Vergleich deutscher und niederländischer Zeitungen als Foren für Öffentlichkeit und zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse

DIESES PROMOTIONSPROJEKT beschäftigt sich mit der Frage, wie zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse in der deutschen und niederländischen Medienöffentlichkeit von statten gehen. Die Medien werden hier in ihrer Funktion als Transmissionsriemen zwischen Bevölkerung und Politik verstanden. Somit sind sie gleichzeitig auch Hersteller von politischer Öffentlichkeit, in der es Akteuren ermöglicht sein soll, frei und öffentlich über gesellschaftliche Belange zu diskutieren.

In demokratisch verfassten Staaten wird die öffentliche Sphäre vor allem von der Politik genutzt, um Legitimation und Unterstützung in der Bevölkerung zu generieren. Dies gilt jedoch ebenso für zivilgesellschaftliche Organisationen. Um den Weg in die öffentliche Debatte zu finden und für Unterstützung zu werben, müssen sie auf ihre Themen und Belange aufmerksam machen. Aus eben diesen Gründen formulieren sowohl Jürgen Habermas als auch Jürgen Kocka, dass die Zivilgesellschaft Teil der Öffentlichkeit ist bzw. nur in dieser stattfinden kann. Für Habermas können gesellschaftliche Probleme und Schief lagen nur durch institutionalisierte öffentliche Diskurse, in denen öffentliche Meinung generiert wird, gelöst werden. Nur so kann eine Teilhabe möglichst aller betroffenen Personen garantiert werden.¹ Kocka hingegen beschreibt Zivilgesellschaft als einen bestimmten Typ sozialer Aktion, der sich vor allem durch Gewaltfreiheit auszeichnet und Pluralität in einer Gesellschaft akzeptiert.² Diese handlungstheoretische Perspektive beschreibt Zivilgesellschaft als in öffentlichen Diskursen verwirklicht, die Konflikte, Kompromisse, aber auch Einigung und Konsens hervorbringen. Dieser Einschätzung folgt auch Arnd Bauerkämper, der in seiner handlungslogischen Perspektive von Zivilgesellschaft deren Akteure unter anderem danach identifiziert, dass sie Kommunikation zwischen den Mitgliedern einer Gemeinschaft herstellen. Akteure in der Zivilgesellschaft unterstützen ihm zufolge idealerweise Interaktion und freie öffentliche Kommunikation.³

1 J. HABERMAS, *Three Normative Models of Democracy*, in: S. BENHABIB (Hrsg.), *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*, New Haven 1996, S. 21–31.

2 J. KOCKA, *Civil Society in Historical Perspective*, in: J. KEANE (Hrsg.), *Civil Society*, Oxford 2006, S. 37–50.

3 A. BAUERKÄMPER, *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure und ihr Handeln in historisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive*, in: Ders. (Hrsg.), *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt/New York 2003, S. 7–30.

Ein Großteil politischer Kommunikation in der Öffentlichkeit moderner demokratischer Staaten findet über die Informationsmedien statt. Ohne direkte Erfahrbarkeit von Politik, besonders auf nationaler und internationaler Ebene, sind sie beinahe die alleinigen Hersteller von Öffentlichkeit und übernehmen durch die Information der Bürger über gesellschaftliche Belange außerhalb ihrer direkten Kontrollsphäre eine wichtige gesellschaftliche Funktion.

Aufgrund dieser theoretischen Hintergründe über die Verknüpfung von Informationsmedien, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft werden in dieser Dissertation Medien und Journalisten in ihrer Funktion als zivilgesellschaftliche Akteure betrachtet. Denn letztendlich sind Journalisten und Redakteure diejenigen, die einerseits Öffentlichkeit ermöglichen und andererseits durch die Auswahl von Nachrichten beeinflussen, welche Themen ihren Weg auf die öffentliche Agenda, bzw. in den öffentlichen Diskurs finden. Daher wird zudem die Frage gestellt, welche Rolle die meinungsbildende Funktion von Medien im öffentlichen Diskurs spielt.

Im Zuge einer doppeltvergleichenden quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse ausgewählter niederländischer und deutscher Zeitungen soll dieses Promotionsprojekt den Diskursverlauf zur europäischen Verfassung und dem ihr folgenden Lissaboner Reformvertrag nachzeichnen. Der Prozess des Zusammenwachsens der europäischen Mitgliedsstaaten betrifft sowohl die niederländische als auch die deutsche Gesellschaft und wird in beiden immer wieder öffentlich rezipiert und diskutiert. Dabei tragen die Informationsmedien einen Anteil an der Initiierung dieser öffentlichen Debatten, die sich zeitweise, auch auf Grund unterschiedlicher Berichterstattung in den Vergleichsländern, unterschiedlich entwickeln konnten. Dies zeigt sich deutlich am Beispiel des negativen niederländischen Referendums zum EU-Verfassungsvertrag.

Der Vergleich zeichnet Unterschiede in der Berichterstattung und der öffentlichen Meinung in den Vergleichsländern nach. Durch die Gegenüberstellung von nationalen Qualitätszeitungen (*Süddeutsche Zeitung* und *NRC Handelsblad*) mit regionalen Zeitungen (*Westdeutsche Allgemeine* und *De Gelderlander*) und der Boulevardpresse (*Bild* und *De Telegraaf*) schließt er aber auch die verschiedenen Diskursebenen innerhalb Deutschlands und den Niederlanden ein. So können schließlich einerseits die nationalen Diskursverläufe gegenüber gestellt werden, ebenso wie andererseits innerstaatliche Debattenebenen.

Anne-Dörte Balks